

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verleger: Dr. Kersch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Mitte und Dresden-Litzsch

Abonnementpreise: einjährig 3,60 M., halbjährig 2,00 M., vierteljährig 1,10 M., monatlich 0,30 M. ...

Druckerei: Dresdner Druckerei, Dresden, Poststr. 10. Tel. 25281.

Anzeigenpreise: die Spalte 100, die halbe Spalte 50, die viertel Spalte 25, die fünftel Spalte 15, die sechstel Spalte 10, die siebtel Spalte 7, die achttel Spalte 5, die neuntel Spalte 3, die zehntel Spalte 2.

Nr. 4 | Dresden, Freitag den 5. Januar 1923 | 34. Jahrg.

Die gescheiterte Konferenz

Kreuzer meldet: Die Pariser Konferenz ist abgebrochen worden, ohne daß eine Verständigung erzielt worden wäre.

Die Havas meldet, gaben Poincaré und Bonar Law Erklärungen ab, welche die Unstimmigkeit in der Reparationsfrage feststellten.

Die Pariser Konferenz ist abgebrochen, ohne daß eine Verständigung erzielt werden konnte. Zwar werden heute noch private Unterredungen zwischen Poincaré und den Führern der alliierten Delegationen stattfinden, die jedoch, laut Havas, lediglich der Höflichkeit entspringen und keineswegs eine Fortsetzung der Pariser Konferenz bilden, die heute abend geschlossen wurde.

Wir haben bereits mehrfach geschrieben, daß Deutschland nicht das geringste Interesse daran hat, wenn die Alliierten sich einig seien. Und die Erfahrungen der letzten Jahre haben es bestätigt, daß Deutschland bei jedem Konflikt zwischen den Alliierten die Kosten zu tragen hat.

Was wird Poincaré nun tun? Die Rechtslage ist folgende: Solange der Vertrag von Versailles gilt, hat Deutschland es nicht mit einzelnen Mächten, sondern mit der Reparationskommission zu tun. Erst nach dieser Kommission das Protokoll abgelehnt haben, muß Deutschland den am 15. dieses Monats fälligen Betrag nicht bezahlt haben, muß eine vorläufige Verfehlung festgestellt und eine Einigung der Alliierten über die zu ergreifenden Maßnahmen erzielt worden sein, erst dann sind Sanktionen verhängbar.

Im dem Leipziger Tageblatt läßt Ehm Welf, Dresden, scharfe Kritik an dem Verhalten der Demokratischen Partei. Er weist darauf hin, daß auf dem Parteitag der Demokratischen Partei sich eine starke Unzufriedenheit bemerkbar gemacht habe und daß es damals zu einem Kompromiß gekommen sei.

10 Prozent Demokratie

Im dem Leipziger Tageblatt läßt Ehm Welf, Dresden, scharfe Kritik an dem Verhalten der Demokratischen Partei. Er weist darauf hin, daß auf dem Parteitag der Demokratischen Partei sich eine starke Unzufriedenheit bemerkbar gemacht habe und daß es damals zu einem Kompromiß gekommen sei. Von der Opposition sei gefordert worden, daß sich die Partei in höherem Grade als bisher für wirtschaftliche Demokratie einsetze, die nicht Sozialismus, aber doch Mitbestimmung des Volkes bei der Gestaltung seines Wirtschaftslebens sei.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine Freie Angestelltenbund haben kurz vor Weihnachten an den Reichsanwalt eine Denkschrift gerichtet, in der sie auf diese Mängel hinweisen und auf die Gefahren, die sich aus solcher Steuerpolitik ergeben. Wenn sie in der Hauptfrage eine sofortige Detaillierung der steuerfreien Höhe für die Steuerpflichtigen, ihre Ehefrauen und eine Erhöhung der Verbundkosten fordern, so sind sie sehr bescheiden.

Die deutsche Regierung

erklärt zu dem Abbruch der Konferenz: Deutschland ist nicht gebüdet worden, obwohl es nach dem Friedensvertrag einen Anspruch darauf hat. Seine Vorschläge sind in Paris nicht einmal entgegengenommen worden, während auf der unter dem Vorsitz Bonar Law tagenden Londoner Konferenz die deutschen Vorschläge wenigstens in Empfang genommen und geprüft worden sind.

Trotz dieser neuen Enthüllung hält die Regierung an der Ueberzeugung fest, daß nur eine vernünftige und für Deutschland tragbare Lösung der Reparationsfrage Europa vor dem sonst unvermeidbaren Ruin bewahren kann.

Über das Ende der Verhandlungen siehe 2. Seite.

Lausanne richtet sich nach Paris

Die Orientkonferenz in Lausanne wird noch mühsam aufrechterhalten, indem man nur nebensächliche Fragen beibringt. Die Hauptfragen umgeht man, weil hier die Gegensätze unauflöslich erscheinen. Alles hängt ab von dem Ausgange der Pariser Konferenz.

Die aus Konstantinopel gemeldet wird, betradet die dortige nationalistische Presse den Abbruch der Lausanner Konferenz als unvermeidlich und erklärt, daß die siegreiche türkische Armee handeln werde.

Konstantinopel, 4. Januar. Herr v. Helldorf, Premierminister der Regierung von Anzora, gab in einer öffentlichen Sitzung der Nationalversammlung wichtige Erklärungen ab.

Ein lässliches Arbeitstammergesetz

Das lässliche Arbeitsministerium hat den Entwurf eines Arbeitstammergesetzes herausgebracht. Die Begründung seines Vorgehens enthält ungewollt eine scharfe Werturteilung der Verdrängung der Aufgaben, die dem Reich nach Art. 165 der Reichsverfassung obliegen.

„Es ist zuzugeben,“ heißt es in der Begründung des Entwurfs, „daß die für Sachsen gesonderte landesgesetzliche Regelung der Arbeitnehmervertretung nicht notwendig wäre, wenn das Reich dem Aufbau und den Aufgaben der Arbeiterorganisation nicht nur die verfassungsmäßigen, sondern auch die erschöpfenden gesetzlichen Grundlagen zur praktischen Wirksamkeit gegeben hätte.“

Der Aufbau der Arbeiterkammern ist in folgender Weise vorgesehen: Es wird eine Landesarbeiterkammer mit dem Sitz in Dresden errichtet. In den fünf Bezirken der Gewerkekammern werden Bezirksarbeiterkammern gebildet.

Die Kritik, die Herr Welf an der Demokratischen Partei läßt, ist scharf, aber treffend. Welf hat aber unrecht, wenn er sagt, die Deutsche Demokratische Partei sei nicht eine Partei des Großkapitals.

Vertical text on the left margin containing various small advertisements and notices.